

Frau

Stadtverordnetenvorsteherin

Christine Wagner

Rathaus Neu-Isenburg

Stv.-Versammlung	
Eing.: 25.08.2016	
Stv.-Vorst.	Büro
<i>Uge</i>	<i>li</i>

Antrag TTIP-freie Zone Neu-Isenburg

Die Fraktion DIE LINKE. stellt folgenden Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Neu-Isenburg erklärt sich zur TTIP-freien Zone und unterzeichnet die "Barcelona-Erklärung" vom 21. April 2016.
2. Der Magistrat der Stadt Neu-Isenburg wird aufgefordert, sich dem Netzwerk, das in Barcelona gegründet wurde, anzuschließen und entsprechende Aktivitäten zu unterstützen.
3. Die Stadt Neu-Isenburg setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass die Europäische Union die völlige Transparenz über Inhalte der Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA herstellt und die bisherige Geheimhaltung beendet, andernfalls werden alle weiteren Verhandlungen über die Abkommen TTIP und TISA gestoppt und das Abkommen CETA nicht ratifiziert.
4. Die Stadt Neu-Isenburg begrüßt die von vielen Bürger/innen unterstützten Bürgerinitiativen zu den Freihandelsabkommen, die darin ihre große Sorge zum Ausdruck bringen, dass diese Verträge einen massiven Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung darstellen und daher abzulehnen sind.
Der Magistrat der Stadt Neu-Isenburg folgt ihren Anliegen, die Gewährleistung und Sicherung von sozialen, ökologischen und demokratische Standards, kommunale Organisationsfreiheit und Daseinsvorsorge insbesondere bei der Grundversorgung von Energie und Wasser gegenüber Parlamenten und Regierungen einzufordern.

Begründung:

Alle Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA), den USA (TTIP) und das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen „Trade in Services Agreement“ (TiSA) wurden und werden ohne die notwendige Transparenz über Inhalte und Verhandlungsmandate gegenüber den Parlamenten und der demokratischen Öffentlichkeit geführt. Die Geheimhaltung der Verhandlungsdokumente widerspricht demokratischen Prinzipien.

Das zur Ratifizierung Anstehende Abkommen CETA und die in Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommen bergen erhebliche Risiken für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die durch die Kommunen und ihre Unternehmen verantwortet und erbracht werden.

Ob Alten- und Pflegeheime, Krankenhäuser, Museen, Theater und anderweitige Kultureinrichtungen oder die Vergabe öffentlicher Aufträge bei der Müllentsorgung, dem ÖPNV, der Trinkwasserversorgung, ob Gas- und Fernwärmenetz, Verkehr und Straßenbau, ob Sparkassen bis hin zu regionalen Lebensmitteln - Beeinträchtigungen dieser für die Bürgerinnen und Bürger wichtigen Dienstleistungen müssen ausgeschlossen werden.

- Insbesondere CETA greift mit Regelungen in die kommunale Daseinsvorsorge ein, u.a. mit einer Negativliste, die alle Bereiche listet, die von Marktzugangsbeschränkungen ausgenommen werden. Dies wäre von erheblichem Nachteil für die Kommunen, da auch die Daseinsvorsorge einem ständigen Wandel unterliegt. Stattdessen muss die **kommunale Organisationsfreiheit** von den Marktzugangsverpflichtungen in allen Freihandelsabkommen ausgeschlossen werden.
- Die Handelsabkommen bestimmen, welche Dienstleistungen von Kommunen erbracht werden dürfen und welche dem Wettbewerb unterliegen müssen. Dies kann nahezu alle bisher öffentlichen Dienstleistungen umfassen und die Bevorzugung regional tätiger Anbieter bei öffentlichen Aufträgen ausschließen, da von einem bestimmten Schwellenwert an Aufträge nicht nur EU-weit sondern auch im Land des Vertragspartners ausgeschrieben werden müssen. Der politische Gestaltungswille darf in Hinsicht auf **das öffentliche Beschaffungswesen** nicht stärker eingeschränkt werden, als es nationale Regelungen und das europäische Vergabe- und Konzessionsrecht bereits heute vorsehen.
- Die TTIP-Investitionsschutzregelungen werden voraussichtlich dazu führen, dass die **Entscheidungsfreiheit der Kommunen** eingeschränkt wird, weil sie Schadensersatzansprüche von Investoren befürchten müssen.
Bei TTIP und CETA sollen internationale Konzerne ein Sonderklagerecht gegen beschlossene Gesetze und kommunale Beschlüssen erhalten, die vor privaten Schiedsgerichten verhandelt werden.

Der Magistrat der Stadt Neu-Isenburg ist daher aufgefordert auf die Landes- und Bundesregierung sowie die Abgeordneten der Landtage, des Bundestags und des Europäischen Parlaments einzuwirken, die Ratifizierung von CETA und jedes weitere Abkommen, das die in dieser Erklärung dargelegten Maßgaben nicht erfüllt, abzulehnen, sowie den Stopp von Verhandlungen zu den Abkommen TTIP und TiSA zu veranlassen, solange die zuvor genannten essentiellen Bedingungen nicht erfüllt werden.

In der katalanischen Metropole Barcelona haben am 21. April 2016 Bürgermeister und Stadträte von insgesamt 40 Kommunen – darunter sind Köln, Wien und Birmingham - aus über neun europäischen Ländern die „Barcelona-Erklärung“ verabschiedet (siehe Anhang).

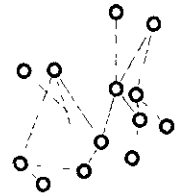
Die Marktzugangsverpflichtungen im TTIP (und allen weiteren Freihandelsabkommen) gefährden die kommunale Daseinsvorsorge und wirken sich damit nachteilig für die Menschen aus. Sie gefährden das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung. Die Stadt Neu-Isenburg sollte sich deshalb eindeutig gegen diese Abkommen aussprechen und sich dem Aufruf anschließen.

Für die Fraktion DIE LINKE
Fraktionsvorsitzender

Edgar Schultheiß

Anhang: Barcelona Erklärung

#BCN NØTTIP



TROBADA PANEUROPEA
D'AUTORITATS LOCALS
i la Nova Generació
de Tractats de Lliure Comerç

ENCUENTRO PANEUROPEO
DE AUTORIDADES LOCALES
y la Nueva Generación de
Tratados de Libre Comercio

PAN-EUROPEAN MEETING
OF LOCAL AUTHORITIES
and the New Generation
of Free Trade Agreements

RENCONTRE PANEUROPEENNE
DES AUTORITÉS LOCALES
et la Nouvelle Génération de
Traité de Libre Commerce

Erklärung von Barcelona

Wir, die BürgermeisterInnen und gewählten lokalen VertreterInnen, die wir an dem ersten Paneuropäischen Treffen „Kommunen und die neue Generation von Freihandelsabkommen“ teilgenommen haben, erklären:

Die Europäische Kommission hat auf Grundlage eines Mandats der Mitgliedstaaten die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika über ein transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP), mit Kanada über ein umfassendes Wirtschaftshandelsabkommen (CETA), und über das Handels- und Dienstleistungsabkommen (TISA), aufgenommen. Diese Verträge werden intransparent ausgehandelt und erfüllen damit nicht die europäischen demokratischen und partizipativen Standards.

Wir glauben, dass Transparenz nicht Handelsgeheimnissen geopfert werden darf. Lokale und regionale EntscheidungsträgerInnen müssen als integraler Bestandteil bei der Aushandlung der Mandate beteiligt sein.

Heute befindet sich Europa an einem Scheideweg. Die Krisen, die die EU gerade erlebt, erfordern eine politische Lösung. Daher sind wir der Meinung, dass Europa zentrale Werte wie Solidarität, die Achtung von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in den Mittelpunkt seiner Politik stellen muss. Es ist anzuzweifeln, dass diese neue Generation von Handelsabkommen für die Gesellschaft als Ganzes von Nutzen ist. Europa darf seine Wirtschaft nicht nur auf Freihandel aufbauen, sondern muss auch soziale und ökologische Rechte, ebenso wie Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärken.

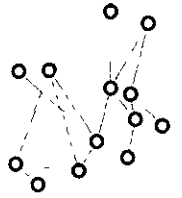
Wir sind zutiefst darüber besorgt, dass diese Verträge unsere legislativen Handlungsspielräume und unsere Möglichkeiten öffentliche Mittel einzusetzen (einschließlich der öffentlichen Beschaffung) beschränken, und uns außerdem stark in unserer Kernaufgabe behindern, Menschen in Fragen der Daseinsvorsorge zu unterstützen: Wohnen, Gesundheit, Umwelt, soziale Dienste, Bildung, lokale wirtschaftliche Entwicklung oder Ernährungssicherheit.

Darüber hinaus sind wir über die Tatsache beunruhigt, dass diese Abkommen demokratische Prinzipien gefährden, indem sie den politischen Rahmen wesentlich reduzieren und die öffentliche Entscheidungsfreiheit einschränken. Die Durchsetzung einer ganzen Reihe von Maßnahmen wird tiefgreifende Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung haben. Das betrifft insbesondere Instrumente wie das Investor-Staat Streitschlichtungsverfahren (ISDS) oder das Internationale Gerichtssystem (ICS), die Regulatorische Kooperation in TTIP, sowie Änderungen bei der Regelung öffentlicher Dienstleistungen und des öffentlichen Beschaffungswesens.

Ajuntament de
Barcelona



#BCN NØTTIP



TROBADA PANEUROPEA
D'AUTORITATS LOCALS
i la Nova Generació
de Tractats de Lliure Comerç

ENCUENTRO PANEUROPEO
DE AUTORIDADES LOCALES
y la Nueva Generación de
Tratados de Libre Comercio

PAN-EUROPEAN MEETING
OF LOCAL AUTHORITIES
and the New Generation
of Free Trade Agreements

RENCONTRE PANEUROPEENNE
DES AUTORITÉS LOCALES
et la Nouvelle Génération de
Traité de Libre Commerce

Wir erkennen die Bedeutung des Handels von Waren und Dienstleistungen für das Wohl der Bevölkerung an, aber wir betonen, dass Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum nicht die einzigen Kriterien bei der Verhandlung von Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und anderen (wie TISA) sein dürfen.

Wir glauben, dass internationaler Handel auf Kriterien basieren muss, die nicht bloß auf die Ausweitung von Freihandel beschränkt sind. Wir müssen einen Handel verteidigen, der fair und nachhaltig ist, und der ArbeitnehmerInnenrechte wahrt.

Wir halten es für unsere Pflicht als gewählte VertreterInnen, lokale Gemeinschaften und demokratische Institutionen als Räume für Debatten und Entscheidungsfindungen zu erhalten, die öffentliche Verwaltung zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger zu stärken, die Umwelt zu schützen, sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und die lokale Wirtschaft zu unterstützen.

Wir fordern, dass die derzeitigen Verhandlungen über TTIP und TISA so lange ausgesetzt werden, bis den Anliegen von lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Ratifizierung eines jeden dieser Verträge in vollem Umfang Rechnung getragen wird.

Wir beglückwünschen die sozialen Bewegungen, die diese europäische Debatte ermöglicht haben, drücken unsere Anerkennung für ihren Beitrag aus und laden sie ein, ihre Arbeit fortzusetzen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir, dass die derzeitigen Verhandlungen über TTIP und TISA ausgesetzt werden und ein neues Mandat unter Berücksichtigung der Forderungen derjenigen, die bisher nicht befragt worden sind, ausgehandelt wird. Des Weiteren fordern wir das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und die nationalen Regierungen auf, CETA nicht zu ratifizieren.

Diese Erklärung ist von allen anwesenden Städten verabschiedet worden und kann zukünftig von allen Kommunen und Landkreisen unterzeichnet werden, die sie unterstützen. Sie wird den Verantwortlichen in der Europäischen Union, den nationalen Regierungen und zuständigen Institutionen und Organisationen übergeben.

Barcelona, den 21. April 2016

Ajuntament de
Barcelona

